

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 21. Ratssitzung vom 14. November 2018

555. 2018/325 Weisung vom 05.09.2018: Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2018

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2018 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	21 312 100	1 550 000
2. Kreditübertragungen	+590 000 -710 000	+120 000 -0
Zusatzkredite brutto	21 192 100	1 670 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	21 312 100	1 550 000
- den Kreditübertragungen von	+590 000	+120 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-710 000	-0
- Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-10 898 000	-
So dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 294 100	1 670 000

2 / 13

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Raphaël Tschanz (FDP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2018 vor und vertritt die Mehrheit.

Raphaël Tschanz (FDP): *Der Stadtrat beantragt Zusatzkredite in der Höhe von 21 Millionen Franken brutto und abzüglich Minderaufwendungen von 10 Millionen Franken netto. Auf der Investitionsrechnung sind es rund 1,7 Millionen Franken brutto und netto. Es handelt sich um einen moderaten Antrag. Die einzelnen Anträge sind begründet. Gemäss gebundenen Ausgaben sind sie auch notwendig. Die RPK hat der Verwaltung verschiedene Fragen gestellt und überwiegend befriedigende Antworten erhalten. Von Seiten der RPK wurden verschiedene Anträge gestellt. In der Detailberatung werden wir diese nun behandeln. Die Mehrheit der RPK beantragt, den Zusatzkrediten II. Serie 2018 vom Stadtrat unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungen zuzustimmen.*

Kommissionsminderheit:

Peter Schick (SVP): *Einmal mehr hat die SVP die meisten Kürzungsanträge gestellt. Ein Zusatzkredit sollte dann beantragt werden, wenn eine Notsituation besteht, so etwa, wenn die Sicherheit der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet werden kann. Das Instrument der Zusatzkredite wird in dieser Serie in den meisten Fällen überbeansprucht. Bei den meisten Anträgen kann man sagen, dass nicht richtig budgetiert und nicht richtig vorausgesehen wurde. Zwei Beispiele: Es wird ein Kulturantrag für das Zürcher Theater Spektakel gestellt. Ich weiss nicht, was Kunst mit einem sogenannten Notfall zu tun hat. Doch in Zürich wird das Geld noch so gerne den Kunstschaffenden zugeschaufelt, auch wenn der Budgetierungsprozess schon lange abgelaufen ist. Ein weiterer Antrag betrifft den Erwerb von Grünraum. Konkret geht es um eine Parkanlage. Auch hier wird der Begriff des Zusatzkredits weit überspannt. Die Parkanlage wird sich auch in ein bis zwei Jahren noch am gleichen Ort befinden. Aber mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Rat kann man so etwas noch einfacher durchwinken. Die Zusatzkredite sollten wie erwähnt das letzte Mittel sein. Die Mehrkosten sollen und müssen in den jeweiligen Departementen aufgefangen werden. Das wird die Ausgabedisziplin der Departemente weiter stärken. In der Weisung hat es abgesehen davon auch formale Anträge. Die SVP lehnt die Dispositivpunkte 1 und 2 ab.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2018 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um einen Antrag zum Zürcher Theater Spektakel. Dass das Jubiläum 500 Jahre Reformation gefeiert wird, war schon seit mehreren Jahren bekannt. Bei Kunstdarbietungen ist es wohl so, dass sie kurzfristig geplant werden, mit einem Zeithorizont von sechs bis sieben Monaten. Es ist aber unbegreiflich, dass bei einem so wichtigen Jubiläumsjahr nicht längerfristig vorausgeplant wird. In Zürich kann man aber offensichtlich so kurzfristig planen, denn das Geld wird immer bewilligt. Die SVP lehnt den Antrag ab.

Severin Pflüger (FDP): Bevor ich für die Mehrheit spreche, möchte ich noch einige Worte zur Reformation sagen. Ich glaube nicht, dass Zwingli mit allem einverstanden gewesen wäre, was man unter seinem Namen in diesem Reformationsjahr getan hat. Wenn man aber einmal eine Idee hat und diese sich weiterentwickelt, ist man nicht mehr Herr davon. So ist es nun einmal. Während des Reformationsjahrs haben sich verschiedene Änderungen ergeben. Das Ziel war, das Reformationsjahr möglichst gut und breit zu begehen. In diesem Sinne wurde auch der dringliche Zusatzkredit gebraucht. Es ist gerechtfertigt, dass man so vorgegangen ist. Bei grossen Projekten können sich nun einmal Änderungen ergeben. Nachträglich zu sagen, dass man es früher hätte besser planen können, ist falsch.

S. 1	15 1501 3018 0000 3161 0000 3180 0000	Präsidialdepartement Kultur Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV) Mieten und Benutzungskosten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP), Referent Mehrheit
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Antragsteller soll vorausschauender planen und budgetieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Bei diesem Antrag geht es um Personalwerbung. Die SVP schlägt eine Verbesserung um 80 000 Franken vor. Die Begründungen sind typisch für Zürich. Man denkt, wenn Zürich ruft, kämen die Bewerber im Schnellzugtempo daher. Im Personalprozess um den Direktionsposten im ERZ war dies nicht der Fall. Wenn es um einen derart delikaten Posten mit Vergangenheit geht, werden es sich potenzielle Bewerber zweimal überlegen, ob sie diese Herausforderung annehmen wollen. Das hätte auch den Verantwortlichen für den Rekrutierungsprozess bewusst sein müssen. Man hätte anders planen und auf dem ordentlichen Weg mehr Geld budgetieren sollen. Wir lehnen den Antrag ab.

Florian Utz (SP): ERZ hat die Stelle des neuen Direktors besetzt. Dies erfolgte erst im Frühling 2018. Das Budget dazu wurde aber bereits im Herbst 2017 festgelegt. Zu jenem Zeitpunkt ging der Stadtrat davon aus, dass die Stelle noch 2017 besetzt werden kann und stellte entsprechend kein Geld ins Budget 2018 ein. Dieses Vorgehen kann man im Nachhinein kritisieren. Die Kritik, dass man einen falschen Umgang mit Herrn Pauli gehabt hätte, und man deshalb kein Personal gefunden habe, teile ich nicht. Es ist richtig, dass man reinen Tisch gemacht und ein klares Signal gesendet hat. Ich verstehe die Kritik, dass man hätte voraussehen können, dass man allenfalls 2018 Geld braucht. Hätte der Stadtrat das Geld beantragt, wäre aber wahrscheinlich ein Ablehnungsantrag der SVP gekommen mit dem Hinweis, das Geld werde wahrscheinlich nicht gebraucht, man könne dann später gegebenenfalls einen Zusatzkredit beantragen. Heute geht es aber um die Frage, ob wir wollen, dass ERZ die Personalwerbung stoppen muss. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass ERZ das Personal rekrutieren kann, das notwendig ist, damit Abfall entsorgt werden kann und Zürich sauber bleibt.

S. 2	35 3550 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Personalwerbung		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	80 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	80 000		
	Begründung	Realistischer budgetieren und nicht nach dem Prinzip Hoffnung		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 3)

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dorothea Frei (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück und begründet den Antrag der Minderheit 2: Ich begründe zuerst den Antrag von 441 000 Franken. Dieser liegt 136 000 Franken über dem Antrag Verbesserung 2. Die RPK hat beschlossen, den Betrag von 136 000 Franken zusätzlich zu beantragen, weil wir vom GUD und vom HBD lange nicht die Qualität von Antworten auf unsere Fragen erhielten, um die unverschuldeten Entlassungen zu beurteilen. In der vierten Lesung kamen dann die Antworten. Sie sind zufriedenstellend. Deshalb ziehen wir den Antrag von 441 000 Franken zurück. Ich begründe auch noch die Verbesserung von 305 000 Franken: Bei den 305 000 Franken geht es um zwei Beträge des TED und DIB. Bei Nachfragen zeigte sich, dass die Beträge für das 2018 nicht benötigt werden und der Betrag somit eingespart werden kann.

Peter Schick (SVP): Bei Abfindungen und Lohnfortzahlungen für unverschuldete Entlassungen hat die SVP eine dezidiert andere Meinung, auch wenn diese so im Arbeitsreglement der Stadt festgelegt sind. In der Privatwirtschaft ist es bei fast allen KMU so, dass man – egal ob unverschuldet oder nicht – den Lohn bis zum Ende der Kündigungszeit erhält. In diesem Fall sind die städtischen Angestellten klar überprivilegiert. Mit der Erfahrung der HR-Angestellten sollte es möglich sein, ordentlich zu budgetieren. Meine Vorrednerin erwähnte, dass der eine Antrag zurückgezogen wird. Beim anderen Antrag wurde klar überbudgetiert. Wir lehnen den gesamten Antrag ab.

S. 2	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	479 100		
	Neu 1	0	Minderheit 1	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
	Verbesserung 1	479 100		
	Begründung 1	Realistischer budgetieren mit mehrjährigen Erfahrungswerten		
	Neu 2	174 100	Minderheit 2	Walter Angst (AL), Referent
	Verbesserung 2	305 000		
	Begründung 2	Beantragte Gelder werden von TED und DIB nicht oder nur teilweise benötigt		
	Neu 3	38 100	Mehrheit	Dorothea Frei (SP), Referentin; Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP),

				Florian Utz (SP)
	Verbesserung 3	441 000		
	Begründung 3	Beantragte Gelder werden von TED und DIB nicht oder nur teilweise benötigt sowie unzulängliche oder fehlende Antworten bei GUD und HBD		
			Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)

Dorothea Frei (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Antrag Stadtrat	(479 100)	2 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	13 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(174 100)	<u>100 Stimmen</u>
Total		115 Stimmen
= absolutes Mehr		58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 mit 100 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 58 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Die SVP schlägt eine Verbesserung um 50 000 Franken vor. Es geht um ewz Ökopower. Bei der Beantwortung der Fragen wurde erwähnt, dass der Stromverbrauch seit Jahren um 20 % gesunken ist. Doch die Stromkosten bleiben fast unverändert. Man könnte bei der Rabattgewährung reagieren. Man muss der Realität ins Auge sehen und erkennen, dass die Leute strombewusster werden und weniger Energie benötigen. Man hat hierfür die entsprechenden Fachpersonen, die solche Herausforderungen meistern können. Deshalb lehnt die SVP den Antrag ab.

Florian Utz (SP): Es geht um die Stromkosten der Dienstabteilung Verkehr. Es ist nicht so, dass diese Dienstabteilung plötzlich mehr Strom verbraucht hätte, im Gegenteil. Der Stromverbrauch ist leicht sinkend. Es liegt aber ein Budgetierungsfehler vor. Die Frage ist, wie man mit diesem umgeht. Aus meiner Sicht hat die Dienstabteilung Verkehr richtig gehandelt. Sie steht zu ihrem Fehler und beantragt deshalb den Zusatzkredit. Im Sinne

der Begründung der SVP, der Realität entsprechend zu budgetieren, ist es sinnvoll, wenn man die Realität anerkennt und den Zusatzkredit gewährt. Die Mehrheit der RPK befürwortet die Genehmigung des Zusatzkredits.

S. 3	25 2555 3120 0000	Sicherheitsdepartement Dienstabteilung Verkehr Wasser, Energie und Heizmaterialien		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0		Minderheit Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
	Verbesserung	50 000		
				Abwesend Severin Pflüger (FDP)
	Begründung	Der Realität entsprechend budgetieren und Rabatte anpassen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Bei diesem Antrag geht es im TED um einen neuen Ölabscheider für die Gasaufbereitung im Werdhölzli in der Höhe von 150 000 Franken. Die SVP lehnt den Antrag ab. Das Problem ist seit 2017 bekannt. Die richtigen Schritte wurden eingeleitet. Man versuchte, das genaue Problem zu eruieren und hat Lösungen ausprobiert. Dabei ist einige Zeit verstrichen. Anfang 2018 hat man die Lösung, die man für sinnvoll befunden hatte, installiert. Offenbar funktionierte es. Eins ging aber dabei vergessen: Für das Budget 2018 hätte bereits im Frühling 2017 Geld eingestellt werden müssen, um dieses Problem zu beheben. Das klingt etwas paradox, weil das Problem erst 2017 bekannt wurde. Nichtsdestotrotz muss man solche Probleme angehen. Wenn die Geruchsprobleme so stark sind, wie es klingt, hätten vielleicht alle noch etwas schneller reagieren müssen. Wir sehen nicht ein, warum man nun auf den letzten Drücker per Ende Jahr einen Zusatzkredit beantragt.

Florian Utz (SP): Mir erschliesst sich nicht, warum man den Zusatzkredit ablehnen sollte. Wenn man den Zusatzkredit ablehnt, wird alles auf das nächste Jahr verzögert. Der Entscheid wird nicht schneller gefällt, sondern langsamer. Gerade bei Problemen mit Geruchsbelästigungen ist es nicht hilfreich, wenn man es um ein Jahr verzögert. Man

spart dadurch nicht einmal Kosten. Aus Sicht der Mehrheit handelt es sich nicht um ein sinnvolles Vorgehen.

S. 4	35 3535 500002	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser Umbau von Liegenschaften: Sammelkonto		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Entscheid schneller fällen damit ordentlich budgetiert werden kann		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): *Bei diesem Antrag geht es um den Erwerb einer Parkanlage. Ich habe dieses Beispiel bereits eingangs erwähnt. Wir sehen nicht ein, dass man die Parkanlage noch dieses Jahr kaufen muss. Es handelt sich um Land, das dem Kanton gehört. Grün Stadt Zürich sorgt dort seit Jahren für den Unterhalt. Es ist mir schleierhaft, dass man plötzlich auf die Idee kommt, das Landstück zu erwerben. Bestimmt besteht ein Zusammenhang mit einem entsprechenden Bauvorhaben. Wir sind aber nicht einverstanden damit, dass man nun dafür einen Zusatzkredit beantragt. Man hätte diesen Betrag für das Jahr 2019 budgetieren und den Kauf im 2019 vollziehen können. Es ist kein Notfall. Wir lehnen den Zusatzkredit ab.*

Florian Utz (SP): *Es ist kein Notfall und man hätte das Grundstück auch im 2019 kaufen können. Dann hätte man das Geld einfach später ausgegeben. Bis dahin würde man jedoch Negativzinsen zahlen. Das ist keine vernünftige Finanzpolitik. Vernünftig ist es, Negativzinsen zu verhindern. Wenn man das Land kaufen will, sollte man es jetzt kaufen und nicht noch für ein Jahr Negativzinsen bezahlen.*

S. 4	35 3570 55000000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Erwerb von unüberbauten Grundstücken		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	Neu	0		Minderheit Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Budgetierungsprozess berücksichtigen; in einem Jahr sind die Parzellen auch noch zu erwerben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Beim Antrag des HBD geht es um die Umnutzung von Gebäudeflächen. Es ist gut, wenn man sich darum kümmert, wie man Flächen umnutzen kann und dass man sich mit einer möglichen Digitalisierung befasst, so etwa im Hinblick auf das Planarchiv. Dass man aber unbedingt in diesem Jahr noch einen Zusatzkredit beantragen muss, verstehen wir nicht. Man hätte den Betrag über das normale Budget 2019 beantragen können. Dass eine Arbeitsgruppe für ein solches Projekt eingesetzt werden muss, ist in Ordnung. Es wurde aber fast ein Jahr benötigt, um den Auftrag für die Ausarbeitung der Umnutzung zu erteilen. Das scheint mir eine sehr lange Zeit. Man sollte auch hier den Budgetprozess einhalten und den Betrag im Frühling 2018 für das Budget 2019 beantragen. Wir lehnen den Antrag ab.

Felix Moser (Grüne): Es geht darum, dass man die Pläne digitalisieren und die dadurch frei werdenden Räume anderweitig nutzen könnte. Das HBD hat dargelegt, dass man den Betrag vorher noch nicht budgetieren konnte, weil die Höhe der Ausgaben für die Digitalisierung nicht klar war und das HBD nicht gerne auf Vorrat budgetiert. Diese Haltung müsste auch die SVP unterstützen. Aus Sicht der Mehrheit ist es sehr sinnvoll, dass nicht auf Vorrat budgetiert wird, sondern man mit der Arbeit weiterfahren kann und dann einen Zusatzkredit verlangt.

10 / 13

S. 5	40 4020 3101 0000	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	60 000		Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
				Abwesend Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	60 000		
	Begründung	Umnutzung von Flächen rechtzeitiger angehen und Budgetprozess einhalten		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um einen Antrag von 500 000 Franken für eine Verwurfleitung. Die Leitung macht offenbar Lärmprobleme. Das Problem war sicherlich schon länger bekannt. Es ist richtig, dass die Bevölkerung vor übermässigem Lärm geschützt werden muss. Hier von übermässigem Lärm zu sprechen, ist aber möglicherweise etwas übertrieben. Man hätte den Budgetprozess einhalten können und die Verwurfleitungen per nächstes Jahr erstellen können. Auf ein paar Monate kommt es nicht mehr an, wenn die Situation schon länger bekannt war. Wir lehnen den Antrag ab.

Renate Fischer (SP): Der tiefe Wasserstand der Limmat führt bei der entsprechenden Anlage dazu, dass die Nachtlärmgrenzwerte nicht eingehalten werden konnten. Der Zusatzkredit wird benötigt, um die Ursache der Lärmüberschreitung zu beheben, so dass die Grenzwerte künftig wieder eingehalten werden können. Die Mehrheit der RPK stimmt dem beantragten Zusatzkredit zu.

S. 5	45 4525 502910	Departement der Industriellen Betriebe Wasserversorgung Wasserwerke		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	500 000		Mehrheit Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dorothea

				Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	500 000		
	Begründung	Budgetprozess einhalten und Problembehebung rechtzeitiger angehen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Vom DIB werden im Bereich Verkehrsbetriebe «Unterhalt übrige Mobilien» 650 000 Franken für das Tor auf dem Hardplatz beantragt. In der Beantwortung der Fragen wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei um die letzte Tranche des ordentlich bewilligten Projektierungskredits handle. Das ist sicher richtig so. In der Vergangenheit lief jedoch nicht alles sauber ab bezüglich der Verbuchungen. Wir lehnen auch diesen Antrag ab. Wenn das Geld nicht reicht, sollte es nicht via Zusatzkredite, sondern auf dem ordentlichen Weg beantragt und richtig begründet werden.

Renate Fischer (SP): Der Kredit wurde im März 2013 vom Gemeinderat bewilligt. Als die städtische Rechnung 2017 in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2018 in der RPK behandelt wurde, stellte sich heraus, dass die bisherige Verbuchungspraxis nicht korrekt war. Man verblieb so, dass man via Zusatzkredite eine entsprechende Korrektur vornehmen würde. Der nun vorliegende Antrag stellt diese Korrektur dar. Da das Geld 2013 vom Gemeinderat bewilligt wurde und es sich um die besagte Korrekturbuchung handelt, stimmt die Mehrheit der RPK dem Antrag des Stadtrats zu.

S. 6	45 4540 3159 0000	Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Unterhalt übrige Mobilien		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	650 000	Mehrheit	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
			Abwesend	Severin Pflüger (FDP)
	Verbesserung	650 000		

	Begründung	Vorausschauender planen und Budgetprozess im Auge behalten
--	------------	--

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Peter Schick (SVP), Referent; Elisabeth Liebi (SVP)
Abwesend:	Severin Pflüger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2018 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	21 007 100	1 550 000
2. Kreditübertragungen	+590 000 -710 000	+120 000 -0
Zusatzkredite brutto	20 887 100	1 670 000

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

13 / 13

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	21 007 100	1 550 000
– den Kreditübertragungen von	+590 000	+120 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertra- gungen von	–710 000	–0
– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–10 898 000	–
So dass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	9 989 100	1 670 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. November 2018 gemäss
Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat